



Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 12. November 2013

Vorlagen-Nr. 13-F-05-0015

**(Nicht-)Beteiligung islamischer Gemeinden an der Wiesbadener Integrationsvereinbarung
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 06.11.2013 -**

Im Frühjahr 2013 wurde den Mitgliedern des Ausschusses eine Zusammenstellung über islamische Gemeinden übergeben (Stand: April 2013) zu verschiedenen Fakten. Unter anderem war angegeben, ob sich die einzelne Gemeinde der Integrationsvereinbarung angeschlossen hat oder nicht. Hierbei fällt auf, dass die mit 250 Mitgliedern größte Gemeinde „Diyanet“ nicht der Vereinbarung beigetreten ist. Aber auch der mit 130 Mitgliedern bedeutende „Türkische Jugend- und Kulturbund“ ist nicht Mitglied der Vereinbarung.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob die Gründe bekannt sind, weshalb sich die genannten Gemeinden nicht der Integrationsvereinbarung anschließen
2. ob bzw. in welcher Form Gespräche mit den genannten Gemeinden geführt werden dahingehend, sie doch noch von einem Beitritt zur Integrationsvereinbarung zu überzeugen
3. ob staatliche Leistungen mit der Bezeichnung „Mittel zum Zweck der Integration“ auch dann gezahlt werden, wenn eine Gemeinde sich aus Überzeugung dem Beitritt zur Integrationsvereinbarung entzieht.

Beschluss Nr. 0102

Der Antrag der FDP-Stadtverordnetenversammlung vom 06.11.2013 betr.

(Nicht-)Beteiligung islamischer Gemeinden an der Wiesbadener Integrationsvereinbarung

hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2013

Spallek
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2013

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2013

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister